

DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg.
SPD

» EUROPA - WAS AUF DEM SPIEL STEHT.

» SPD NORDOST: ZUSAMMEN SIND WIR STARK!



Liebe Leserin, lieber Leser,

Hinter mir liegen spannende Wochen! Wie die eine oder der andere vielleicht in der Zeitung und in Social Media gelesen hat, war ich einige Wochen durch die USA unterwegs. Auf Einladung der US-Regierung durfte ich an einem vierwöchigen, politischen Austauschprogramm teilnehmen. In diesem Rahmen bekam ich tiefe Einblicke in amerikanische Politik, Kultur und Gesellschaft. Neben vielen Eindrücken und Begegnungen mit großartigen Menschen, habe ich v.a. zwei Dinge für unsere politische Arbeit mitgenommen: Erstens macht mir die politische Spaltung der Gesellschaft große Sorgen. In den USA sind die Gräben mittlerweile so tief, dass vernünftige Regierungsarbeit zum Wohle der Menschen massiv leidet. Dazu darf es bei uns nicht kommen! Alle Demokraten müssen den Willen zur Zusammenarbeit haben. Ich möchte auch weiterhin Brücken bauen, statt Gräben zu vertiefen. Sonst profitieren nur Faschisten und Populisten wie Trump.

Und zum anderen ist mir in Amerika wieder einmal der große Wert unseres Sozialstaates klar geworden. Während in den reichen USA ganz viele Menschen in schlimmsten Verhältnissen leben müssen, so funktionieren hier unsere sozialen Sicherungssysteme – bei allen Defiziten – immer noch vergleichsweise gut. Das müssen wir verteidigen!

Aber die wichtigste Erkenntnis war für mich keine wirkliche Überraschung: Amerika ist toll und spannend, aber hier zu Hause in Nürnberg ist es doch am schönsten!

Euer

Nasser

WIR GEBEN NICHT AUF



von ELIZAVETA SHLOSBERG, für die Allianz für ein freiheitlich-demokratisches Russland

16.02.24, 12:28, Push-Benachrichtigung am Handy: "FSIN berichtet, Nawalny ist gestorben". Der erste Gedanke, es kann nicht sein. Russische Medien lügen. Doch dann kommen immer mehr Nachrichten rein. Und die Hoffnung, dass es nur ein Fake ist, stirbt mit jedem Aufleuchten des Handys. Mich erreichen Anfragen von Freund*innen und Kolleg*innen, wir sollten sofort auf die Straße gehen. Ich sitze jedoch, wie gelähmt auf dem Boden in meinem Badezimmer. 13:55, Michael Ziegler ruft an. "Lisa, hast du es schon gelesen? Lass uns die Finissage der Ausstellung von Rüdiger Löster mit einer Gedenkveranstaltung für

Alexej Nawalny verbinden!" Um 14:00 Uhr informiere ich meine Kolleg*innen und Freund*innen. Um 18:00 Uhr kommen spontan ca. 100 Menschen zur Roten Galerie. Gemeinsam mit Michael Ziegler, Rüdiger Löster und mit Alexander Schumski zünden wir eine Kerze für Alexej an. Es entsteht ein Lichtermeer aus Kerzen. Nadezhda Kolobaeva, politische Geflüchtete aus Russland, sitzt Stunden vor dem spontan errichteten Memorial, zündet immer wieder die ausgehenden Kerzen neu an. "Er war für mich wie ein Familienangehöriger", sagt sie. Nicht nur Nadezhda geht es so. Für Tausende Menschen war und bleibt Alexej Nawalny ein Hoffnungsträger auf ein anderes Russland. Auf ein friedliches, freies, demokratisches Russland. »



Fotos: Nancy Petke

Alexej Nawalny hat all das verkörpert, was Putin nie war und nie sein wird.

Aleksey war talentiert, gebildet, wissbegierig, weltoffen, charismatisch, humorvoll, kreativ und unglaublich mutig. Bereit, alles für sein Land zu tun und zu geben. Sogar sein Leben. Alexej hat es geschafft, ein Problem zu lösen, das zuvor unlösbar schien: Er hat sich ohne Zugang zu den staatlichen Medien und mit minimalen finanziellen Investitionen bei den Wähler*innen im ganzen Land beliebt gemacht. Dank seines angeborenen Sinns für Humor und seines großen publizistischen Talents erreichten seine Texte die Köpfe und Herzen einer Vielzahl von Menschen, von Professor*innen bis hin zu einfachen Arbeiter*innen. Mit seiner offenen und charismatischen Art konnte er Menschen für sich gewinnen, sie inspirieren und motivieren. Und nicht nur die jungen, sondern auch die älteren, die zuvor als „Putins Kernwählerschaft“ galten.

Seine politische Karriere und der Kampf um sein geliebtes Russland gleichen einem Hollywood-Blockbuster. Nach der Ermordung von Boris Nemzow im Jahre 2015 wurde Nawalny zu Putins Hauptfeind. Die von Nawalny gegründete Anti-Korruptions-Stiftung (FBK) zeigte das unvorstellbare Ausmaß der Korruption des russischen Regimes auf. Die Recherche "Ein Palast für Putin – die Geschichte der größten Bestechung" erschien am 19. Januar 2021, bereits nach der Verhaftung von Aleksej Nawalny in Russland und wurde knapp 130 Millionen Mal auf YouTube aufgerufen. Die zuvor erschienenen Enthüllungen auf seinem

You-Tube-Channel haben auch schon zuvor für ein sehr großes Aufsehen und für Proteststimmungen russlandweit gesorgt. Die Struktur seiner Organisation, der einzigen echten politischen Partei im Land, wenn auch ohne offizielle Registrierung, wurde von unten nach oben aufgebaut und stützte sich auf die Aktivität von Hunderttausenden von Freiwilligen im ganzen Land. All das wurde durch freiwillige Spenden von Anhänger*innen finanziert und unterstützt. Alexej wurde zwischen 2011 und 2018 zehn Mal festgenommen und verbrachte 474 Tage in Haft. Aber er ließ sich nicht einschüchtern und kämpfte weiter. In die internationalen Schlagzeilen kam Nawalny, als er im Sommer 2020 mit dem Nervenkeimstoff Nowitschok vergiftet wurde. Rohers Film, der mit Oscar ausgezeichnet wurde, erzählt nicht nur den ganzen Krimi um den Giftanschlag in ausführlichen Details, sondern zeigt auch Aleksej als Privatperson. Als einen Familienmenschen, Ehemann und Vater. Es wird sehr oft die Frage gestellt, warum ist Aleksej zurück nach Russland gekehrt? Die Antwort ist einfach. Nur diesen Schritt konnte er mit sich vereinbaren. Und auch im Gefängnis hat er nicht aufgehört zu kämpfen. Aleksej hat über 1120 Tage in Haft verbracht, davon 308 Tage im Karzer, in einem winzigen feuchten, kalten Betonzwinger. Er wurde unter anderem mit Schlafentzug und Hunger gefoltert. Und auch in dieser Situation hat er nicht seine Kraft und seinen Humor verloren. Im letzten Video vom 15. November lacht er und macht Witze über die Richterinnen.

Aleksey hat eindeutig die Annexion der Krim im Jahr 2014 verurteilt, als ihre Unterstüt-

zung in der russischen Gesellschaft extrem hoch war und aus dem Gefängnis heraus hat er eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er den verbrecherischen russischen Krieg aufs Schärfste verurteilte und dazu aufrief, die Maschinerie staatlicher Gewalt zu stoppen. In derselben Erklärung hat Nawalny gefordert, alle besetzten Gebiete, einschließlich der Krim, an die Ukraine zurückzugeben und den entstandenen Schaden zu ersetzen.

Putin und seine Anhänger müssen und werden sich vor einem internationalen Gericht für die Kriegsverbrechen in der Ukraine verantworten und auch für die Morde im eigenen Land, so auch für den Mord an Aleksej Nawalny. Putin hat Aleksej ermordet. Aber nicht seine Ideen. „Gebt nicht auf“ war die Botschaft von Alexej Nawalny an alle. Und wir werden nicht aufgeben.



EUROPA – WAS AUF DEM

SPIEL STEHT

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Die EU sorgt seit über einem halben Jahrhundert für Frieden, Stabilität und Wohlstand. Einigen ist sie ein Dorn im Auge. Wladimir Putin zum Beispiel. Auch die AfD und Sahra Wagenknecht schlagen vor, die EU zu zerbrechen. Deswegen ist die kommende Europawahl so wichtig.

Wie alle Rechtspopulisten reden AfD und die Wagenknecht-Partei viel von „wirklicher“ Demokratie. Wie Donald Trump. Auch in Russland wird in diesem Jahr ein neuer Präsident „gewählt“ – die wichtigsten Oppositionellen wurden vorsichtshalber schon verhaftet oder sind tot. China hat sich kurzerhand zur Demokratie erklärt und fordert, dass man „lokale Definitionen“ von Demokratie anerkennen sollte. Kurz: Die Demokratie ist unter Beschuss. In der Ukraine sogar wortwörtlich.

Populisten schwächen die Demokratie

In Sinne Chinas orientiert sich offenbar Sahra Wagenknecht mit ihrem Programm. Sie stellt gemeinsame EU-Regeln in Frage („Nichtumsetzung von EU-Vorgaben auf nationaler Ebene“). Nationalstaaten sollen selbst entscheiden, was sie für „vernünftig“ halten. Viktor Orbán hätte dann in Ungarn freie Bahn dafür, rechtsstaatliche Vorgaben der EU „nichtumzusetzen“ und für seine ganz eigene Interpretation von „Demokratie und Meinungsfreiheit“. Rechtspopulisten in ganz Europa könnten durch die Tür gehen, die Wagenknecht öffnen möchte. Die AfD sagt ganz offen, dass sie die EU für nicht reformierbar hält und sie deswegen durch einen lockeren „Bund europäischer Nationen“ ersetzen will – unter anderem ohne ein EU-Parlament. An gemeinsame europäische Regeln soll niemand gebunden sein. Das bedeutet: Die EU als Hüterin der Demokratie soll weg.

Die EU verteidigt die Demokratie

Wer sich innerhalb der EU nicht an die verbindlichen Regeln zu demokratischen Standards hält, wird mit Sanktionen bestraft. Viktor Orbán in Ungarn kann ein Lied davon singen. In Polen wäre ohne den ständigen Druck der EU eine demokratische Abwahl der rechtspopulistischen Regierung vielleicht schon nicht mehr möglich gewesen. In unserem Wahlprogramm werben wir dafür, die Demokratie in Europa noch wehrhafter zu machen. Dazu wollen wir die Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit ausbauen und Blockaden durch einzelne Staaten unmöglich ma-

chen. Wer die EU kaputt machen möchte, setzt sich nicht für Demokratie ein, sondern will die gemeinsamen europäischen Regeln für Demokratie, Pressefreiheit und eine unabhängige Justiz beseitigen.

Frieden in Europa

Weil sie den Menschen in Europa Frieden und Stabilität gebracht hat, wurde der EU 2012 der Friedensnobelpreis verliehen. Wer Frieden möchte, muss sie stärken – durchaus auch reformieren – und damit für die Zukunft fit machen. Zumal: Nur eine starke EU wird gehört werden, wenn es um die Zukunft einer friedlichen Weltordnung geht. Die Rechtspopulisten wollen das nicht. Sie wollen den Rückzug ins nationale Schneckenhaus.

Die AfD und Sahra Wagenknecht spielen Putin in die Hände

Wer eine friedliche Weltordnung möchte, kann es nicht durchgehen lassen, wenn Grenzen mit Waffengewalt verschoben werden. Die AfD wie Wagenknecht möchten aber genau das. Sie wollen ein Ende sowohl der Waffenlieferungen an die Ukraine als auch der Sanktionen gegen Russland. Das bringe angeblich Frieden. Die Wahrheit ist das Gegenteil: Warum sollte Putin auf ernsthafte Friedensverhandlungen setzen, wenn die Ukraine keine Waffen mehr bekommt? Er könnte die Ukraine in Ruhe weiter überfallen. Am Ende stünde bestenfalls ein Diktatfrieden, das Land würde eine Art Geisel Russlands, ständig mit der Pistole am Kopf. Blicke der Überfall frei von Konsequenzen, könnte Putin das sogar als Ermutigung verstehen, als nächstes in Moldau oder Georgien einzumarschieren. Auch diese Länder wollen weg von Russland und hin zur europäischen Demokratie.

Der Grundsatz, dass man nicht mit Waffengewalt die Grenzen verschieben darf, könnte global ins Wanken geraten. Wenn alle wegschauen, droht im Ergebnis mehr Krieg in Europa und in der Welt. Mit allen (auch wirtschaftlichen) Folgen für Deutschland. Putin darf deswegen nicht gewinnen. Europa muss die Ukraine weiter unterstützen. Auch darum geht es bei der Europawahl im Juni. Wer ein friedliches Europa will, darf nicht wegschauen.

Die EU hat dem Kontinent Wohlstand gebracht

Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt, wovon gerade Deutschland als Exportnation erheblich profitiert. Der gemeinsame Euro hat das Risiko von Währungsschwankungen und Wechselkurskosten beseitigt. Gemeinsame Regeln schützen Arbeitnehmende und fördern gleiche Rechte. Darauf wollen wir als SPD weiter aufbauen, Beschäftigte besser

vor Ausbeutung schützen, Mitbestimmung und Tarifbindung stärken. Aktivierende Politik und Zukunfts-Investitionen auch und gerade in Krisenzeiten.

Wer weniger Wohlstand möchte ...

... kann aber AfD wählen. Ein zuletzt von Alice Weidel ins Spiel gebrachter „Dexit“ würde laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft das Wirtschaftswachstum um 6 Prozent reduzieren, einen Verlust von bis zu 500 Milliarden Euro bedeuten und 2,2 Millionen Arbeitsplätze vernichten. Nun wird treuherzig beteuert, gar keinen Dexit zu wollen. Aber: Die AfD schwärmt von einer „neuen Deutschen Mark“ in ihrem neuen, lockeren Staatenbund, der die EU ersetzen soll. Auch Wagenknecht will diesen Rückzug ins Nationale. Der Abschied von gemeinsamen europäischen Regeln wäre der Beginn des Auseinanderbrechens. Damit wäre zum Beispiel auch die Europäische Mindestlohnrichtlinie zerstört. Wer möchte, könnte die EU-Richtlinie zur von Olaf Scholz durchgesetzten Mindestbesteuerung für Großkonzerne „nichtumsetzen“ und damit den Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern innerhalb der EU starten. Im Kern ist das Ergebnis bei AfD und Wagenknecht das gleiche. Eine massive Schwächung Europas und Politik gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bei der Europawahl wird es insofern darum gehen, Frieden, Demokratie und Wohlstand in Europa zu sichern, auszubauen – und vor den Rechtspopulisten zu verteidigen. Mit der SPD.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Nasser Ahmed

Redaktion: Nasser Ahmed, Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:

SPD Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



ZUSAMMEN SIND WIR STARK!

AUS 3 MACH 1 – DER NEUE OV NORDOST

von *Abdurrahman Gümrükcü und Tasja Prölß*

„Nägel mit Köpfen machen“ – nach dem Motto: Die Menschen gestalten Strukturen!

Die drei Ortsvereine Nordostbahnhof, Ziegelstein und Buchenbühl fusionierten und haben sich zum neuen Ortsverein Nordost zusammengeschlossen. Das neue Konzept des OV Nordost mit seinen Stadtteilsprecher*innen, soll hier kurz vorgestellt werden und kann gerne als Anregung für andere Ortsvereine dienen.

Bereits in den letzten Jahren gab es in machen Ortsvereinen die „klassischen“ Schwierigkeiten, wie die Herausforderung Vorstandsposten mit Personen zu besetzen, schlecht besuchte OV Sitzungen oder schwierige Koordination von Wahlkämpfen. Aus diesem Grund gab es Gespräche zwischen den drei Ortsvereinen Nordostbahnhof, Ziegelstein und Buchenbühl. Neben der Findung akuter Lösungen wurden dabei auch verschiedene Ideen und Ansätze diskutiert, um die Parteistruktur im Nürnberg Nordosten langfristig zukunftsfähig zu gestalten. Dabei ist das Leitmotiv: Die Menschen gestalten Strukturen! Deshalb ist es für die Erneuerung und Zukunftsfähigkeit wichtig, bestehende Strukturen zu hinterfragen und anzupassen. Im vergangenen Jahr haben die drei Ortsvereine daher gemeinsam entschieden eigenständig eine SPD-Parteistrukturreform im Nürnberger Nordost durchzuführen.

Das Gebiet des neuen OV Nordost besteht aus den bisherigen Ortsvereinsgebieten der drei Ortsvereine Nordostbahnhof, Ziegelstein und Buchenbühl mit ihren jeweiligen Gebietsgrenzen.

Der neue OV Nordost erfüllt alle formalen Voraussetzungen eines Ortsvereins. Dies bedeutet, dass er einen Vorstand, eine Kasse und eine Jahreshauptversammlung hat. Der OV Nordost wird als „ganz normaler“ Ortsverein in der SPD geführt. Auch die Kassen der Ortsvereine wurden zusammengeführt, wodurch finanzielle Vorteile entstehen, beispielsweise Einsparungen bei den Kontoführungsgebühren, die so nur noch einmal entrichtet werden müssen.

Neben dem ganz klassischen Ortsvereinsvorstand aus eine*r Vorsitzenden, Stellvertreter*innen, Kassier*erin sowie Beisitzer*innen

und Revisor*innen besteht, wurde ein weiterer optionaler Posten geschaffen: und zwar das Amt der Stadtteilsprecher*innen.

So wird gewährleistet, dass auch bei einem großen Gebiet, kleinräumig agiert werden kann. Auch können Verbindungen in den Stadtteil zu Bürgerschaft, Verbänden etc. leichter aufrechterhalten werden. Auch liebgewonnen Traditionen innerhalb eines Stadtteils können so fortgeführt werden. Nichts desto trotz ist der Posten eines*er Stadtteilsprecher*innen nicht so umfangreich in Aufgaben und Pflichten, wie der eines*r Vorsitzenden bzw. gesamten Vorstands.

Zu den konkreten Aufgaben: Die Aufgabe der Stadtteilsprecher*in ist es im Stadtteil vor Ort Ansprechperson der SPD gegenüber den Mitgliedern sowie das Ohr in die Bürgerschaft zu sein. Die Stadtteilsprecher*in kümmert sich somit um ihren Stadtteil und übernimmt für ihr Stadtteilgebiet mehr Verantwortung. Die Stadtteilsprecher*innen haben eine Gestaltungsfreiheit bei ihrer Arbeit und somit das Recht eigene Dinge (Veranstaltungen, Stammtisch usw.) für den Stadtteil zu machen. Jede*r Stadtteilsprecher*in ist außerdem Mitglied im Gesamtvorstand des Ortsvereins, um die Anbindung an diesen sicherzustellen.

Wenn es keine Stadtteilsprecher*innen gibt, oder sich für ein Stadtteilgebiet niemand findet, dann übernimmt der offizielle OV-Vorstand die Aufgaben.

Die räumliche Zuständigkeit der Stadtteilsprecher*innen orientiert sich aktuell an den Gebieten der ehemaligen Ortsvereine (Nordostbahnhof, Ziegelstein, Buchenbühl). Dies ist aber eine „Kann“ und keine „Muss“-Bedingung und lässt sich somit auch für die Zukunft anpassen, wenn es anders besser wäre. Um die Interessen der Stadtteile im Unterbezirk gut vertreten zu können und die Kommunikation in der Nürnberger SPD sicherzustellen, haben die Stadtteilsprecher*innen die Möglichkeit an den Versammlungen der Ortsvereinsvorsitzenden (Stadtteilverordendenkreis) des Unterbezirks Nürnberg teilzunehmen.

Der Ablauf und die formale Organisation der Fusion der drei Ortsvereine Nordostbahnhof, Ziegelstein und Buchenbühl erfolgte in Abstimmung mit dem Geschäftsführer des Unterbezirks sowie der Landesgeschäftsstelle. Dabei wurde ein relativ einfacher formaler

Weg gefunden. Im Sommer 2023 beschloss der OV Ziegelstein seine Auflösung und im Oktober 2023 der OV Buchenbühl. Anschließend erfolgte der Beschluss des Vorstands des Unterbezirks darüber, dass die Mitglieder, Finanzmittel und Gebiete der beiden aufgelösten Ortsvereine dem Ortsverein Nordostbahnhof zugewiesen werden, was bedeutete, dass sowohl die Mitglieder als auch die Kassen erstmal formal an den bis dahin größten und aktivsten Ortsverein Nordostbahnhof übergangen. Damit waren alle drei Ortsvereine formal zusammengeschlossen.

Am 23. Januar 2024 fand dann die erste gemeinsame Jahreshauptversammlung statt, auf der ein neuer gemeinsamer Vorstand und die Stadtteilsprecher*innen gewählt wurden. Außerdem wurde der offizielle Beschluss gefasst, den Ortsverein „Nordostbahnhof“ in „OV Nordost“ umzubenennen.

Natürlich war dies vorher schon abgesprochen, dennoch gab es bei der Namensfindung dann doch noch ein paar kreative neue Ideen und Vorschläge wie beispielsweise „NoZiBü“ oder den „BuZi-Bahnhof“ Durchgesetzt hat sich am Ende aber dann doch der Name „Nordost“ als geografische Bezeichnung, um die regionale Verortung in Nürnberg auch für Menschen außerhalb der Partei verständlich zu machen.

Der neue OV Nordost, sein Vorstand, seine Stadtteilsprecher*innen und Mitglieder freuen sich auf die gemeinsame Zusammenarbeit und sehen positiv in die Zukunft! Nur gemeinsam sind wir stark!



NEUJAHRSEMPFANG 2024

DER ORTSVEREINE EIBACH/RÖTHENBACH UND GEBERSDORF/GROSSREUTH



von **MATTHIAS URSINUS** (Vorsitzender OV Eibach/Röthenbach/Maiach) und **NILS GENZ** (Vorsitzender OV Gebersdor/Großreuth)

Das Jahr 2024 ist das erste Jahr, in dem alles wieder völlig normal läuft. So konnte der traditionelle Neujahrsempfang der Ortsvereine Eibach/Röthenbach und Gebersdorf/Großreuth wieder zum regulären Zeitpunkt stattfinden. Zu diesem Event laden die beiden Ortsvereine immer alle Vereine, Organisationen und die wichtigsten Persönlichkeiten aus den Stadtteilen ein. Mit unserem Bürgermeister Christian Vogel, unserer Bezirkstagsabgeordneten Sabine Knuhr und dem Nürnberger Cartoonist, Liedermacher und Komiker „Gymmick“ konnten Persönlichkeiten aufgeboten werden, die zum einen für die Themen vor Ort ansprechbar sind und zum anderen auch für gute Unterhaltung und Kurzweiligkeit stehen.

Für die beiden Ortsvereine ist der Neujahrsempfang immer ein Kraftakt. Weder Kosten noch Mühen werden gescheut, um aus dieser Veranstaltung ein großartiges Event zu machen. Es ist immer wieder toll zu sehen, wie engagiert und mit wieviel Hingabe die Platten fürs Buffet von den OV-Mitgliedern auf eigene Kosten in ihrer Freizeit zubereitet werden. Ohne dieses Engagement wäre der Neujahrsempfang in dieser Form gar nicht möglich. Am Ende bleibt immer die Frage, ob sich der Aufwand gelohnt hat und ob die Vernetzungen innerhalb der Stadtteile noch funktionieren.

80 leere Stühle, 25 Platten fürs Buffet, 10 Flaschen Sekt, alkoholische und alkoholfreie Getränke, motivierte Mitglieder, alles war bestens vorbereitet, es fehlten nur noch die Gäste. Die kamen dann auch so zahlreich, dass die Vorsitzenden Nils Genz und Matthias Ursinus mit der persönlichen

Begrüßung gar nicht hinterhergekommen sind. Am Ende wurde jeder Stuhl gebraucht und einige Gäste mussten sich mit Stehplätzen zufriedengeben. Das war ein großartiges Bild. Kosten und Mühen hatten sich wieder gelohnt. Besonders gefreut haben sich die Vorsitzenden über die Anwesenheit von Christine Kayser als SPD-Fraktionsvorsitzende im Nürnberger Stadtrat und die beiden Stadträte Harald Dix und Michael Ziegler. So konnte man den Gästen neben Christian Vogel und Sabine Knuhr noch weitere Gesprächspartner für ihre Anliegen vor Ort anbieten.

Moderiert wurde die Veranstaltung von den beiden Vorsitzenden Nils Genz und Matthias Ursinus. Nach der Begrüßung folgte das Grußwort von Sabine Knuhr, die die Gelegenheit nutzte, um den Anwesenden den Bezirkstag etwas näher zu bringen und ihre dortigen Funktionen und Aufgaben zu erläutern. Nicht jeder kennt den Bezirkstag und noch weniger Bürgerinnen und Bürger wissen, wie wichtig dieses Gremium für die Einrichtungen vor Ort ist. Christian Vogel übernahm dann die Neujahrsansprache. Viele seiner Zuständigkeitsbereiche, insbesondere als Chef von SÖR, betreffen auch die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil. So lauschten alle gespannt den Worten des Bürgermeisters. Dieser stellte auf seine sympathische, ehrliche und humorvolle Art die Probleme, aber auch die Schönheit und die guten Lebensverhältnisse in Nürnberg heraus. Das kam bei den Zuhörern unheimlich gut an, was sich im großen Applaus bemerkbar machte. Abschließend sorgte Gymmick für etwas Auflockerung. Seine Lieder sind humorvoll, klangvoll, die Stimme ist toll und er bietet eine ganz besondere Musikrichtung an, was bei vielen für gute Stimmung sorgte und zu etwas Schmunzeln führte. Bei manchen Gästen



aber auch zu etwas Verwunderung, da man solche Klänge in Kombination mit den Texten noch gar nicht kannte. Genau das soll der Neujahrsempfang der beiden Ortsvereine aber auch sein. Man bekommt politischen Input, man schafft Begegnung und paart das Ganze mit künstlerischen Überraschungen. Die zahlreichen Gäste bedanken sich jedes Jahr in besonderem Maße für die Lockerheit, die gute Stimmung und die besondere Atmosphäre bei diesen Neujahrsempfängen.

Am Ende gab es noch Gelegenheit zum gegenseitigen Austausch, viel gutes Essen und viele positive Begegnungen, die genau der richtige Start für 2024 waren. Für die beiden Ortsvereine ist es ein tolles Gefühl jederzeit ein wichtiger und wesentlicher Teil in den Stadtteilen, aber auch in der Vernetzung zu den Vereinen und Organisationen zu sein. Großer Dank geht noch an das Jugendhaus „SUSPECT“, dass jedes Jahr ganz massiv mit unterstützt bei der Ausrichtung dieses Events und Dank geht natürlich an alle Mitglieder der beiden Ortsvereine, die sich mit ihrem großartigen Engagement eingebracht haben. Alle Beteiligten freuen sich nun auf ein schönes Jahr 2024 und natürlich schon auf den nächsten Neujahrsempfang.

EUROPA IST IMMER SEINEN KRISEN

GEWACHSEN – EUROPA GIBT UNS HOFFNUNG!



Foto: R. Löster

von ANIL ALTUN, Europakandidat der SPD Nürnberg

Vor einigen Wochen durfte ich ein paar Worte auf dem Neujahresempfang der Ortsvereine Wöhrd, Maxfeld und Nordost sprechen. Viele Genoss*innen haben mir danach gesagt, dass sie dadurch nochmal eindringlich die Bedeutung der Europawahl am 09. Juni vor Augen geführt bekommen haben und ich ihnen ehrliche Hoffnung vermittelt habe. Dieses Feedback hat mich sehr glücklich gemacht und jetzt denke ich mir: Wenn ich noch eine*n von euch überzeugen kann, dann lohnt es sich, das auch auf diesem Wege zu versuchen. Deswegen habe ich mich eher für einen ungewöhnlichen Beitrag entschieden, die Form der Rede!

Ein blutiger Krieg in Europa, ein sich zuspitzender Ost-West-Konflikt, Existenzängste, Demokratien im Systemkampf gegen autoritäre Systeme. Das hört sich nach einer Beschreibung aus der Vergangenheit an, könnte aber auch eines von den Jahren 2022 bis heute sein. Umso bemerkenswerter ist es, dass sich aus dieser Ausgangslage die Europäische Union entwickelt hat. Nicht über Nacht, nicht ohne Verzögerung und auch nicht ohne Rückschläge. Dafür aber in der tiefsitzenden Überzeugung, dass die großen Probleme unserer Zeit nur gemeinsam angegangen und gelöst werden können.

Vielen fehlt aktuell diese Zuversicht. Seit dem 07. Oktober, dem barbarischen Angriff der

Hamas auf Israel, herrscht wieder ein blutiger Krieg im Nahen Osten und es sterben so viele unschuldige Menschen. Und als ob das nicht schon genug wäre, wirkt sich der Konflikt auch auf das gesellschaftliche Klima und die Beziehungen von Mitmenschen hierzulande aus. Antisemitische Hetze und Gewalt nehmen rasant zu und viele fallen in eine gewisse Ohnmacht davor, wie man dem nun entscheiden den Kampf ansagen soll.

Und in dieser bereits sehr angespannten Situation platzt eine Nachricht rein, die die meisten zwar wenig überrascht, aber dennoch aufgeweckt hat. Verirrte CDU'ler, AfD-Funktionäre und Mandatsträger finden sich mit anderen Rechtsextremisten und Geldgebern zu einem Geheimgespräch zusammen, in der Nähe des Schlosses, in dem die Wannseekonferenz stattfand. Sie planen nichts anderes als die systematische Deportation von vielen Millionen Mitmenschen aus diesem Land, weil sie ihnen nicht deutsch genug aussehen oder aufgrund anderer Eigenschaften oder Einstellungen ihnen nicht passen. Ich bin dann wohl einer der Menschen, die als erstes dran wären. Und am Ende bleibt wirklich niemand verschont, jede Abweichung und Vielfalt werden die Rechtsextremisten und Nazis als Gefahr für ihr Weltbild sehen.

Man muss sich das nur vorstellen, jede zweite Nürnberger*in würde das treffen. Das Perfide daran ist, dass die Faschist*innen sich durchaus bewusst sind, dass ihr Ziel einen langjährigen Prozess der Desinformation und Destabilisierung unserer Demokratie erfordert.

Und wenn wir ehrlich sind, dieser Prozess hat schon längst begonnen! Die Legitimität der Regierung und staatlicher Institutionen wird angezweifelt, Fake News werden verbreitet und unsagbare Worte wie „Remigration“ finden ihren Einzug in die breite gesellschaftliche Debatte. Die rechten Kräfte setzen aktuell den Diskurs in diesem Land und verschieben diesen immer weiter ins Extreme. Hass, Hetze und Angst setzen sich gegenüber Liebe, Vernunft und echten Konzepten scheinbar immer stärker durch.

Dagegen gehen so viele Hunderttausende Menschen die letzten Wochen auf die Straße und zeigen ihren Unmut – auch morgen wieder. Sie zeigen, dass wir die Mehrheit in dieser Gesellschaft sind und bereit sind, unsere Demokratie zu verteidigen. Viele Menschen gehen zum ersten Mal auf Demonstrationen, können nicht mehr guten Gewissens still dasitzen. Sie geben mir Hoffnung und machen mich stolz! Sie erkennen, es geht um etwas Größeres, um etwas, was die Grenzen Deutschlands überschreitet! Der Staat muss diese Menschen unterstützen und die Instrumente der wehrhaften Demokratie einsetzen, bevor es zu spät ist. Deswegen ist für mich klar: Nie wieder ist jetzt! Mit vereinten Kräften müssen wir die AfD tagtäglich weiter demaskieren, wir müssen der AfD die Parteifinanzierung und jegliche Einflussnahme entziehen. Wir brauchen ein AfD-Verbot, jetzt! Die erste Möglichkeit, die AfD zurückzudrängen, gibt es bei der Europawahl. Eine

Stimme für die SPD ist eine Stimme für eine starke Kämpferin gegen Rechts in den Parlamenten. Es ist jetzt unsere Verantwortung als Antifaschist*innen aus diesen Demonstrationen eine anhaltende Bewegung zu schaffen und die Menschen zum Engagement für unsere Gesellschaft und Europa zu motivieren. So lange, bis die AfD nicht mehr damit durchkommt, unseren Protest als inszenierte Fake News abzutun!

Während all diesen Entwicklungen ist sich Manfred Weber von der CSU, Faktionsvorsitzender der Christdemokraten im Europäischen Parlament (EVP), nicht zu schade, mit der postfaschistischen Partei der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu anzuhandeln, um die eigene Macht zu erhalten. Wir kennen es bereits aus Deutschland. Die CDU/CSU lässt die Brandmauer nach rechts bröckeln. Auf europäischer Ebene passiert das nochmal rasanter und von vielen unbemerkt. Zusätzlich zur EVP gibt es nämlich die rechts-extremen Fraktionen Identität und Freiheit (ID) und Europäische Konservative und Reformen (EKR) im Europäischen Parlament, die mit satten Zugewinnen bei der kommenden Europawahl rechnen und alles dran setzen, Europa verächtlich zu machen. Für Sie ist Europa eine Wachstumsbremse und Verrat an den nationalen Interessen. Alle zusammen könnten sie auf insgesamt auf über 300 Sitze von 705 Sitzen kommen. Zur ID-Fraktion gehört auch die AfD, die sich als wichtigstes Ziel den D-Exit gesetzt hat.

Unser Bundeskanzler Olaf Scholz hat es bei unserer Europakonferenz in Berlin Ende Januar und im Deutschen Bundestag eindrücklich auf den Punkt gebracht und sinngemäß gesagt „Die Nationalisten sind am Ende die, die immer gegen das nationale Interesse handeln. Das größte nationale Interesse Deutschlands ist ein starkes Europa“. Recht hat er!

Die EU ist immer in ihren Krisen gewachsen. Sie hat sich von einer Wirtschaftsunion in eine Werteunion gewandelt, sie hat den Menschen ganz direkt jahrzehntelangen Frieden, Sicherheit und sozialen sowie wirtschaftlichen Fortschritt gebracht. Deutschland ist wirtschaftlich der größte Profiteur der EU, jeder fünfte Job hängt in unserem Land von Europa ab!

Ein vielfältiges, zusammenwachsendes Europa ist Garant für Frieden, Sicherheit und sozialen sowie wirtschaftlichen Fortschritt! Und das ist am Ende das beste Rezept gegen Populismus und Nationalismus- das müssen wir allen klar machen!

Dabei steht für mich ganz klar fest: Die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und

die Wahrung der Menschenrechte müssen immer im Vordergrund der europäischen Politik stehen. Sie sind Fundament unserer europäischen Wertegemeinschaft. Ich sehe diese Werte nicht als starr an, sondern als dynamisch und zugleich widerstandsfähig gegenüber zunehmenden antidemokratischen und autoritären Tendenzen auf der ganzen Welt und leider auch in Europa selbst. Da reicht ein Blick nach Italien und Ungarn. Diese Staaten bauen nicht nur Schritt für Schritt Frauenrechte und Rechte von queeren Personen ab. Nein, sie greifen die Gewaltenteilung und die Rechtsstaatlichkeit an sich an, die Unabhängigkeit der Justiz und die Geltung von Menschenrechten, sie verstehen Europa als Geldgeber nicht als eine Wertegemeinschaft! Und doch gibt es Hoffnung, zuletzt mit der neuen Regierung in Polen.

Hoffnung geben mit auch Politiker*innen wie Katarina Barley. In ihrer ganzen politischen und beruflichen Laufbahn, aktuell als Vizepräsidentin des Europäischen Parlament, hat sie sich von Anfang an für die Stärkung der europäischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt. Oft wurde das von ihren Kritiker*innen mit der Bezeichnung „Wohlfühlthemen“ heruntergespielt. Jetzt sehen wir, als Spitzenkandidatin der SPD setzt sie genau den richtigen Schwerpunkt! Gemeinsam mit ihr setzen wir auf eine positive Vision von Europa. Wir wollen eine Gemeinschaft haben, in der junge Menschen eine Zeit im Ausland lernen, studieren und arbeiten können. In der man von Deutschland aus problemlos Bahnfahrkarten in die anderen EU-Länder buchen kann, als wäre es eine Inlandsfahrt.

Im Wahlkampf möchten Matthias Dornhuber und ich, Europa vor Ort nahbarer machen, die vielen Erfolge der Europäischen Union den Menschen vor Augen zu führen. Obwohl auf der europäischen Ebene sehr viele wichtige Entscheidungen getroffen werden und viele Gelder freigegeben werden, bleibt sie für viele Bürger*innen in der EU weit weg. Die Vorteile der EU zeigen sich nicht nur in Alltagssituationen und im Alltagsleben, wie beim Passieren innereuropäischer Grenzen ohne Pass, oder dem Reisen mit dem Nachtzug zwischen den europäischen Metropolen, beim unkomplizierten Bezahlen innerhalb Währungsunion mit dem Euro, oder beim Einkaufen im Internet, bei Fahrgastrechten in der Bahn und im Flugzeug, sowie seit neuestem beim einheitlichen Ladekabel.

Die wenigsten in unserer Stadt wissen beispielsweise, dass es in Nürnberg ein Europabüro und EUROPE DIRECT Vertretung gibt. Wir als SPD Kandidaten waren dort zum

Austausch und das war sehr beeindruckend. Das Europabüro ist die zentrale Anlaufstelle für EU-Angelegenheiten der Stadt Nürnberg, dort werden Förderanträge aus EU-Töpfen gestellt und bewilligt. EUROPE DIRECT ist die Kontaktstelle zur Europäischen Union und quasi die Vertretung der Kommission vor Ort. Sie hat das Ziel, den Menschen mehr Informationen über die EU zugänglich zu machen. Unternehmen und die breite Öffentlichkeit in der Stadt und der Region Nürnberg sollen so an den Entwicklungen in der EU besser teilhaben können. Dafür veranstaltet EUROPE DIRECT Veranstaltungen, Mitmachstände, Filmabende und Schulkooperationen. Richtig stark!

Aber auch in vielen Nürnberger Produkten, Gebäuden, Straßen und Projekten steckt ganz direkt Europa drinnen. So sind die Nürnberger Lebkuchen, Nürnberger Bratwürste, der Nürnberger Glühwein europäisch geschützte Marken. Europäisch geförderte Filme kann man sich täglich im Casablanca anschauen. In das Museum Industriekultur, die Kongresshalle, das Volksbad und in die Klaragasse sowie in Schulsanierungen fließen europäische Gelder! Wir profitieren alle und überall von der EU!

Und trotz all dieser Sachen, die in meinem Kopf rumschwirren denke ich immer an ein Gefühl, wenn ich an die EU denke.

Und zwar an den wöchentlichen Pflichttermin für alle Praktikant*innen und jungen Menschen in Brüssel, den ich während meiner Zeit in Brüssel vor 1,5 Jahren selbstverständlich bis in den Winter rein stets zuverlässig wahrgenommen habe: Das After-Work-Trinken auf dem Place-Lux. Das ist ein Ort, wo man die Begeisterung für Europa förmlich spürt, spätestens durch das belgische Bier!

Dort habe ich so viele junge, hoffnungsvolle, kluge und engagierte Europäer*innen kennengelernt, egal ob aus Irland, Spanien, Frankreich oder Slowenien. Wir hatten alle eines gemeinsam: Wir wollen uns für Europa engagieren, für ein zusammenwachsendes menschliches, resilientes und wirtschaftlich starkes Europa! Wir sind alle in einem Europa der freien Grenzen und des gegenseitigen Austausches aufgewachsen und werden das nicht hergeben! Und dennoch sehen wir auch die aktuellen Gefahren und Herausforderungen für das europäische Projekt. Wir waren uns aber einig, dass wir davor nicht resignieren wollen, sondern damit erst Recht einen Grund haben, uns zu engagieren!

Lasst uns gemeinsam ein positives Bild von der EU zeichnen, lasst es uns anpacken. In Vielfalt geeint!



MEHR STARTCHANCEN MIT DER SPD!

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Mit dem neuen Startchancen-Programm haben wir mit Olaf Scholz und der Ampel einen Durchbruch erreicht, um kräftig in die Schulen im Land zu investieren. Insgesamt geht es um 20 Milliarden Euro! Innerhalb von zehn Jahren sollen allein in Bayern 580 Schulen davon profitieren. Bundesweit sind es etwa 4.000 Schulen. Aber es gibt noch mehr!

Im Zentrum des neuen Programms stehen Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der Schulgebäude, bis hin zu Lernlaboren und Werkstätten. Es geht aber um weit mehr als um Beton. Auch Ausstattung wird aus dem Programm finanziert. Die Schulleitungen sollen zugleich gestärkt werden, indem die Schulen ein Chancenbudget erhalten. Über die Verwendung sollen die Schulen selbst entscheiden. Zusätzlich bietet das Programm auch Mittel für Personal, zum Beispiel für den Ausbau der Schulsozialarbeit.

Losgehen soll es mit zunächst 1.000 Schulen zum Schuljahr 2024/25. Bis zum 1. Juni 2024 sollen die Länder die Schulen benennen, die zum Start dabei sind. 60 Prozent der ausgewählten Schulen sollen Grundschulen sein. Denn das Programm will früh ansetzen. Bei der Auswahl der Schulen werden der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und die Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen berücksichtigt. Die Investitionen sollen also dort helfen, wo der Bedarf am größten ist. Herkunft und Vermögensverhältnisse dürfen nicht über die Zukunftschancen von Kindern entscheiden. Wir schaffen neue Strukturen, die Aufstieg fördern und ermöglichen.

Das Programm steht für eine lange Tradition der SPD auf Bundesebene. Vor gut zwanzig Jahren hatten wir mit dem damaligen **Ganztagschulprogramm** mit einem Volumen von vier Milliarden Euro die Bundesinvestitionen

in Schulen gestartet. Damals noch vehement von CDU und CSU bekämpft, zumal eigentlich die Länder für die Bildung zuständig sind. Wir wollten aber mit besseren Bildungschancen und auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht warten.

Das wollen wir auch jetzt nicht: Die Ampel hat letztes Jahr das neue **Investitionsprogramm Ganztagsausbau** gestartet – mit 3,5 Milliarden Euro für Infrastruktur und Ausstattung. Damit unterstützen wir die Länder angesichts des ab 1. August 2026 stufenweise kommenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Diesen hatte die SPD noch in der Großen Koalition gegen massive Widerstände durchgesetzt. Zumal sich die Eltern mehrheitlich Ganztagsbetreuung wünschen. Ganztagschulen können auch ein Schlüssel sein, um viele Verbesserungen zu erreichen – Stichwort PISA-Studien. Dazu müssen sie allerdings „echte“ Ganztagschulen sein und ein entsprechendes, förderndes Programm ganztags bieten, mit ausreichend Lehrpersonal. Es ist schade für die Kommunen und die Familien in Bayern, dass die dafür zuständige Staatsregierung sich diesbezüglich nur wenig engagiert.

2017 hatten wir das weiterhin aktive **Schulsanierungsprogramm** im Umfang von 3,5 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Bayerische Schulen erhalten daraus 293 Millionen Euro an Bundesmitteln. Auch der 2019 gestartete **Digitalpakt Schule** mit einem Volumen von 6,5 Milliarden Euro ist weiter aktiv. Aus ihm stehen 1 Milliarde Euro für bayerische Schulen bereit, um digital „aufzurüsten“. In Nürnberg unterstützt der Digitalpakt die 2017 gestartete IT-Strategie „Lernen und Lehren an städtischen und staatlichen Schulen in Nürnberg im Digitalen Zeitalter“. Konkret wurden zum Beispiel an der Beruflichen Schule 9 über 500 Schüler-PCs ausgetauscht, in 29 Klassenzimmern interaktive Beamer und die dazugehörigen Whiteboard-

Tafeln montiert. Hinzu kamen Decken-Beamer, die Erneuerung der Verkabelung und Dockingstationen für alle Lehrarbeitsplätze. Wir arbeiten jetzt in der Ampel an einem Folgeprogramm ab 2025, einem Digitalpakt II.

Auch die frühe Förderung hat bei uns gute Tradition: Deswegen starteten wir vor rund zwanzig Jahren mit dem **Tagesbetreuungs- ausbaugesetz** Bundesinvestitionen in Kitas. Seitdem ist viel passiert. Mit mehreren Investitionsprogrammen haben wir seit 2008 über **6 Milliarden Euro** an Bundesmitteln für neue Kitas und einen **Rechtsanspruch auf frühe Förderung** für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr durchgesetzt. Unzählige neue Kitas sind entstanden. Mit dem **KiTa-Qualitätsgesetz** stellt die Ampel weitere 4 Milliarden Euro zur Verfügung. In Bayern finanziert die Ampel damit zum Beispiel „Sprach-Kitas“, Assistenzkkräfte und die Beitragsentlastung der Eltern.

> **Übrigens:** Die AfD-Bundestagsfraktion hatte die Grundgesetzänderung abgelehnt, die den Digitalpakt Schule und das Ganztagschulprogramm ermöglicht hat – wollte also beides verhindern. Ganztägige Beschulung begünstigt laut der AfD angeblich „die weitere Zerstörung der Familie“ und müsse daher „eine Ausnahme bleiben“, teilte die AfD-Bundestagsfraktion mit. Insbesondere abgelehnt wird die „Förderung der Erwerbstätigkeit beider Elternteile besonders von Frauen, welches der kindgerechten Erziehung zuwider läuft“. Auch auf Kitaplätze sollte deswegen niemand hoffen, der AfD wählt. In ihrem letzten Bundestagswahlprogramm warnte die AfD sogar, dass bei Kindern unter drei Jahren „eine Fremdbetreuung mit Entwicklungsrisiken verbunden“ sei. Da der Platz der Frau aus Sicht der AfD offenbar am Herd und bei den Kindern ist, lehnt sie übrigens auch eine Frauenquote ab. Denn Frauenquoten „verfestigen das Bild, dass ein erfülltes und anerkanntes Leben für Frauen nur durch eine berufliche Karriere erreicht werden könne.“ Um Frauen gar nicht erst in die Verlegenheit zu kommen, Karriere zu machen, sollen sie also weniger Chancen bekommen.

Investitionen in Schulen und Kitas sind nicht selbstverständlich. Ohne die Übernahme von Regierungsverantwortung durch die SPD würde es solche Bundesinvestitionen gar nicht geben. Keines der Programme war ein Selbstläufer. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass letztlich nichts selbstverständlich ist. Weder unsere Demokratie, noch Kitas, digitalisierte Schulen und bessere Startchancen!

WIR BLEIBEN STANDHAFT – UNSERE DEMOKRATIE IST WEHRHAFT

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Das Nachrichtenmagazin Correctiv hatte ein geheimes Treffen von AfD-Politiker*innen, bekannten Neonazis und privaten Unterstützern aufgedeckt, bei dem geplant wurde, Millionen Menschen aus Deutschland zu vertreiben, die zugewandert sind oder Migrationsgeschichte haben. Es spricht Bände, wenn selbst die französische Politikerin der rechtsextremen Partei Rassemblement National Marine Le Pen sich von ihrer Schwesterpartei in Deutschland distanziert. So schockierend diese Meldung noch immer ist, so sehr muss ich auch festhalten: Mich überraschen diese Pläne dieser Partei nicht.

Denn die heutige AfD im Bayerischen Landtag ist größer und rechtsextremer denn je. So hat die AfD zur konstituierenden Plenarsitzung geplant, ihren per Haftbefehl (wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen) gesuchten Abgeordneten, Daniel Halemba, öffentlichkeitswirksam verhaften zu lassen. Mit dem Ziel, sich anschließend selbst zum Opfer und die Präsidentin des Bayerischen Landtags zur Schuldigen zu

stilisieren. Diese Methoden kennen wir bereits aus den 1930er Jahren von der NSDAP und haben damals wie heute die Beschädigung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Verfassungsorgane zum Ziel.

Ich bin froh, dass in diesen Zeiten die demokratischen Parteien der Mitte zusammenstehen. So haben die Fraktionen von CSU, Freie Wähler, Bündnis90/Die Grünen und SPD gemeinsam einen Dringlichkeitsantrag formuliert und beschlossen, der folgendes beinhaltet: Der Landtag verurteilt jedwede Bestrebung, die Demokratie in Bayern und die Organe der bayerischen Demokratie gezielt zu schwächen, zu schädigen und zu delegitimieren. Solche Bestrebungen sind ein Angriff auf die Grundordnung des Staates, wie sie im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung unverrückbar verankert sind. Sie sind auch ein Angriff auf das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Frieden. Der Landtag wird auch in Zukunft, verfassungsfeindlichen Bestrebungen frühzeitig und entschieden entgegentreten. Daher hat das Parlament auch beschlossen, den Versuch, Ilse Aigner durch gezielte Inszenierungen zu diskreditieren, zu verurteilen. Damit ist auch klar, dass

wir als SPD-Fraktion hinter der Präsidentin des Bayerischen Landtags stehen. Alle Abgeordneten müssen auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung stehen. Außerdem unterstreicht der Landtag die Wichtigkeit der ständigen Wachsamkeit der deutschen und bayerischen Verfassungsschutzbehörden.

Die zahlreichen Demonstrationen, die seit Wochen in ganz Deutschland stattfinden, zeigen, dass die Mehrheit der Zivilgesellschaft gegen diese Demokratiefeinde zusammensteht. Auch der Bayerische Landtag hat mit Verabschiedung dieses Dringlichkeitsantrags festgestellt, dass er das große gesellschaftliche Engagement gegen Rechts extremismus begrüßt. Diese Proteste geben allen, auch mir, Mut. Die Demonstrationen zeigen: Bayern ist weltoffen und tolerant. Wir sind eine Gemeinschaft, die auf einem Wertefundament steht - gegen Extremismus, gegen Menschenfeinde und für unsere Verfassung. Auch in Nürnberg gab es schon zwei große Demonstrationen. Einmal am Willy-Brandt-Platz mit etwa 15.000 Menschen und einmal am Kornmarkt mit etwa 25.000 Menschen. Unsere Stadt des Friedens und der Menschenrechte macht ihrem Namen damit alle Ehre. Danke Nürnberg!

Darüber hinaus stand im Maximilianeum die Wahl der ehrenamtlichen bayerischen Verfassungsrichter*innen an. Der Verfassungsgerichtshof ist das oberste Gericht für staatsrechtliche Fragen in Bayern. Er entscheidet über Anklagen gegen Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung oder des Landtags, den Ausschluss von Wählergruppen von der Wahl und die Gültigkeit der Wahl. Neben dem Präsidenten und 22 berufsrichterlichen Mitgliedern, besteht dieses Organ aus 15 weiteren ehrenamtlichen Richter*innen. Diese ehrenamtlichen Verfassungsrichter*innen werden von den Landtagsfraktionen für die Dauer von fünf Jahren vorgeschlagen. Die CSU durfte sieben Kandidat*innen benennen, Freie Wähler drei, AfD und Grüne jeweils zwei und die SPD einen. Das Problem besteht nun darin, dass der Landtag über diese Kandidat*innen nicht einzeln, sondern über die gesamte Vorschlagsliste abstimmt. Also entweder alle 15 oder keiner. Wir haben uns dafür entschieden, mit "nein" zu stimmen, auch wenn wir damit alle 15 Vorschläge, und somit auch unseren eigenen Kandidaten, abgelehnt haben. Für die Zukunft brauchen wir ein anderes Verfahren, damit Verfassungsfeind*innen keine Verfassungsrichter*innen werden können!

Freundschaft
Arif



STARK DURCH KUNST ODER KUNSTTHERAPIE

IM ALTER ODER KUNST HILFT

Als Vorstandsmitglied des „Vereins zur Förderung des Dialogs der Generationen“, der das viermal im Jahr als Beilage in NN und NZ erscheinende Magazin „sechs+sechzig“ herausgibt, konnte ich auch dieses Jahr wieder im Rahmen der inviva- Messe Interessantes rund um das Thema Gesundheit und Pflege vorstellen und moderieren.

Der Themenkomplex „Stark durch Kunst“ hat mich als Seniorenpolitikerin besonders beeindruckt und begeistert: Hierbei handelt es sich um Projekte, die sowohl die demenziell Erkrankten, als auch deren pflegende Angehörige in den Blick nehmen.

Eines davon ist gerade im Seniorentreff Heilig Geist zu Ende gegangen: unter dem Titel „#pflegekunst - Kunst zum Mitmachen“ wurden Kunstworkshops angeboten. Ziel war es hier, das Wertvolle bei Demenzerkrankten zu sehen und ihnen neue Möglichkeiten zu geben, ihre Gefühle und inneren Bilder auszudrücken und ihnen so als Produzent*innen von Kultur kulturelle und damit auch soziale Teilhabe zu ermöglichen. Darüber hinaus soll dies in der Gesellschaft sichtbar gemacht werden – alle Exponate werden zu einem Gesamtkunstwerk zusammengefügt und bilden den Schwerpunkt der Vernissage der Kunstaktionswochen für Älter werdende, die vom 20. März – 30. April im KBZ stattfinden.

Das Besondere an dem Projekt ist der Inklusionsgedanke: in diesen Kunstworkshops konnten Menschen mit Demenz zusammen mit ihren pflegenden Angehörigen unter Anleitung von Künstlerinnen nicht nur gemeinsam ihre kreative Seite entdecken und ausleben, sondern sich auch auf neue Weise einander nähern und ganz neue Ebenen und Aspekte des Zusammenseins entdecken.

Leider ist dieses erfolgreiche Projekt (vorerst) ausgelaufen – es ist sehr zu hoffen, dass sich wieder Sponsoren finden, die eine Fortführung ermöglichen, vielleicht bietet sich ja auch die Chance einer Verstetigung.....

Getragen wird das Projekt vom „Curatorium Altern gestalten“ in Kooperation mit dem Seniorenamt der Stadt Nürnberg und dem Kunst- und Kulturpädagogischen Zentrum, die Sponsoren sind der Bayerische Demenzfonds und die Staedtler Stiftung.

Über 80% der Pflegebedürftigen werden zuhause gepflegt und pflegende Angehörige

stoßen nicht selten an ihre Grenzen. Sie sind trotz verschiedener Unterstützungsangebote oft auf sich allein gestellt, haben häufig kaum soziale Kontakte und sind gefährdet, in die Einsamkeit zu geraten. Sie brauchen Entlastung, nicht nur durch Angebote wie Tages-, Nacht- oder Kurzzeitpflege, sie brauchen auch Entlastung für sich selbst, Raum, etwas für sich selber zu tun.

Dies möchte ein anderes Projekt im Rahmen einer Studie zum Thema „Kunsttherapie kennt kein Alter“ am Klinikum Nord leisten. Ausgehend von der inzwischen nachgewiesenen positiven Wirkung von Kunsttherapie in der Geriatrie und in einem Seniorenheim wendet sich das interdisziplinäre Studienteam nun an pflegende An- und Zugehörige ab 65 Jahren. Um ihnen kreative Entlastung anzubieten, fanden und finden unter dem Titel „Kreative KommUNIKation“ am Klinikum Nord kunsttherapeutisch angeleitete Kreativkurse statt.

Die Ergebnisse sind durchweg positiv, alle Teilnehmenden berichten von einer deutlichen Stärkung ihres subjektiven Wohlbefindens und können zudem auch neue Kommunikationswege mit den demenziell erkrankten Partner*innen entdecken: „Beim Malen vergesse ich alles, was mich belastet. Es stimmt mich fröhlich. Ich will auch meinen Mann mit einbeziehen zu malen. Es macht Spaß“ so eine 79jährige Teilnehmerin. (Zitiert aus der Broschüre „Kunsttherapie kennt kein Alter“ DUERER-Studienteam Klinikum Nürnberg Campus Nord).

Die Kurse fördern zudem nachhaltig das soziale Miteinander der Teilnehmenden und wirken so der Einsamkeit entgegen.

Dieses Projekt läuft weiter und es werden noch Teilnehmer*innen gesucht. Eine wie auch immer geartete künstlerische Begabung ist nicht nötig, nur die Bereitschaft, sich auf Kreativangebote einzulassen.

(Tel. 0911 398 114821,

Mail: duerer.studie@klinikum-nuernberg.de)

Stark durch Kunst

Im Rahmen der Kunstaktionswochen finden kurzweilige Führungen durch die Sonderausstellung, interessante Gespräche, Offene Ateliers als kreatives Angebot und neue Projektvorstellungen statt.

Die Veranstalter freuen sich auf Ihr kommen.

Alle Angebote der Aktionswochen sind für Sie kostenfrei!

Veranstalter

ALTERN GESTALTEN, pflegekunst, KPZ, Germanisches Nationalmuseum

Sponsoren

NÜRNBERG, BAYERISCHER DEMENZFONDS, STAEDTLER STIFTUNG

Gefördert durch die Stadt Nürnberg, Bürgermeisters, Geschäftsbereich Kultur

Kontakt

Kunst- und Kulturpädagogisches Zentrum der Museen in Nürnberg (KPZ)
Kartäusergasse 1 | 90402 Nürnberg
✉ b.bocatus.kpz@gnm.de
☎ telefonisch erreichbar über
Curatorium: 0171-9668530

Stark durch Kunst

Kunstaktionswochen für Älter werdende mit einer Sonderausstellung

📅 20. März bis 30. April 2024

KPZ-Foyer im Germanischen Nationalmuseum
Kartäusergasse 1 | 90402 Nürnberg
Treffpunkt: KPZ-Foyer

MEHR GESUNDHEITSSCHUTZ DURCH KONTROLLIERTEN UMGANG MIT CANNABIS

SPD IM BUNDESTAG

Der private Anbau, Besitz und Konsum von Cannabis durch Erwachsene wird entkriminalisiert. Durch kontrollierten Umgang, mehr Aufklärung der Bevölkerung, eine effektivere Suchtprävention und strenge Strafvorschriften wird ein besserer Kinder- und Jugendschutz erreicht und die Gesundheit von erwachsenen Konsumenten gestärkt.

Mit dem Cannabis-Gesetz, das im Februar vom Bundestag beschlossen wurde, soll künftig der private Eigenanbau von Cannabis von bis zu drei Cannabis-Pflanzen durch Erwachsene zum Eigenkonsum möglich sein sowie gemeinschaftlicher, nicht gewerblicher Eigenanbau von Cannabis in Anbauvereinigungen, den Cannabis Social Clubs.

Diese Clubs benötigen eine behördliche Erlaubnis und müssen umfassende gesetzliche Vorschriften einhalten. Für Cannabis oder deren Anbauvereinigungen soll auch nicht geworben oder Sponsoring betrieben werden dürfen. Es sind zudem Mengen- und Qualitätsvorgaben geplant, die durch die Behörden vor Ort kontrolliert werden.

Staatlich kontrolliert angebautes Cannabis Cannabis vom Schwarzmarkt kann mitunter schwer gesundheitsschädlich sein. Durch staatlich kontrolliert angebautes Cannabis in Cannabis Social Clubs sollen die Gesundheitsrisiken drastisch gesenkt und der Schwarzmarkt und die Drogenkriminalität perspektivisch zurückgedrängt werden.

Der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis wird künftig für Erwachsene straffrei sein. Für 18- bis 21-Jährige darf in Anbauvereinigungen nur Cannabis mit niedrigerem THC (Tetrahydrocannabinol)-Gehalt angebaut werden. Zudem gilt eine geringere Abgabemenge pro Monat.

Verbote und Kriminalisierung haben ausdrücklich den Cannabiskonsum nicht verringert. Durch einen neuen Umgang mit Cannabis werden Aufklärung und Prävention

gestärkt und Menschen nachhaltig geschützt. Vor allem die Aufklärungsarbeit für junge Menschen soll intensiviert werden, um Konsum besser zu verhindern. Eine Abgabe von Cannabis an unter 18-Jährige bleibt strafbar. Dealen wird nicht legalisiert, im Gegenteil wird es härter bestraft.

Eine letzte Hürde steht der Cannabis-Legalisierung noch bevor: Der Bundesrat muss noch entscheiden. Am 22. März 2024 wird der Bundesrat über das Cannabisgesetz entscheiden.



Foto von Shelby Ireland auf Unsplash

NÜRNBERGER SELBSTSTÄNDIGE IN DER SPD FORDERN CSU AUF, DIE BLOCKADEHALTUNG ZUM WACHSTUMSCHANCENGESETZ AUFZUGEBEN

AGS NÜRNBERG

Das Wachstumschancengesetz stellt eine wesentliche Initiative der Bundesregierung

dar, um die wirtschaftliche Erholung in Deutschland zu beschleunigen, Innovation zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu stärken. Der zentrale Baustein des Gesetzes sind steuerliche Entlastungen.

Die Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD Nürnberg (AGS) appelliert an die CSU, ihre gegenwärtige Blockadehaltung zum Wachstumschancengesetz zu überdenken und im Bundesrat am 22. März dem Gesetz zuzustimmen. Denn selbst Wirtschaftsverbände – allen voran die schwer angeschlagene Baubranche – laufen Sturm gegen die Weigerung der Union, dieses Gesetz im Bundesrat passieren und möglichst schnell in Kraft treten zu lassen.

„Es kann nicht sein, dass man wichtige wirtschaftsfördernde Maßnahmen für Alle verhindert, nur, weil die Union die Kürzungen am Agrardiesel zurückgenommen haben will. Übrigens sind Landwirte und Landwirtinnen auch Unternehmen und profitieren somit ebenso von dem Gesetz.“ kommentiert Roland Weiniger, Vorsitzender der AGS Nürnberg, die Haltung der CSU.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



„NEIN HEIßT NEIN“ AUCH FÜR EUROPA

Diskussion mit Maria Noichl, MdEP



13.03.2024



19:00 - 20:30 Uhr



Digitale Veranstaltung
via WebEx

Anmeldung per E-Mail an
frauen@spd-nuernberg.de



Maria Noichl, Mitglied des Europäischen Parlaments und eine engagierte Verfechterin der Frauenrechte, setzt sich für den Schutz von Frauen vor sexualisierter Gewalt ein. In ihrem Vortrag beleuchtet sie die aktuellen Entwicklungen im Bereich des EU-Sexualstrafrechts und diskutiert die Bedeutung der europaweiten Verankerung des Prinzips "Nein heißt Nein".

Worum geht es? Die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt ist ein bedeutender Schritt, um Frauen vor Übergriffen zu schützen. Doch leider wird sie derzeit von einigen Mitgliedstaaten blockiert, darunter auch Deutschland. Maria Noichl wird aufzeigen, warum es so wichtig ist, dass das Prinzip "Nein heißt Nein" europaweit einheitlich verankert wird, um Frauen effektiv vor sexualisierter Gewalt zu schützen.

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / MÄRZ 2024

MindestTon, Chor der SPD Nürnberg:

Chorprobe freitags, 17:30 Uhr – 19:15 Uhr

Im Künstlerhaus/K4, Salon
(früher Hinterzimmer)

Neue Sänger*innen sind willkommen,
bitte vorher anmelden.

Kontakt:

Claudia Kupfer-Schreiner:

kupferschreiner@mnet-online.de

04.03.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung

Käte-Strobel-Sitzungszimmer

09.03.2024 – 14:00 Uhr

AK gegen Rechts: Mitgliedertreffen

Käte-Strobel-Sitzungszimmer

11.03.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung

Käte-Strobel-Sitzungszimmer

12.03.2024 – 19:00 Uhr

SPD-Nordbahnhof-Vogelher:

Ortsvereinsitzung

Gaststätte „Wäi Daham“ (Pilotstr. 44)

12.03.2024 – 19:30 Uhr

SPD Nordost: Mitgliedertreffen

SIGENA Plauenstr. 7, 90491 Nürnberg

13.03.2024 – 19:00 Uhr

AK Umwelt: Mitgliedertreffen

Käte-Strobel-Sitzungszimmer

13.03.2024 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:

Jahreshauptversammlung mit

Dr. Nasser Ahmed

Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

18.03.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung

Käte-Strobel-Sitzungszimmer

18.03.2024 – 14:00 Uhr

AG 60plus: Mitgliedertreffen

Käte-Strobel-Sitzungszimmer

19.03.2024 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser: Stadtteilversammlung

mit Stadtrat Lorenz Gradl

19.03.2024 – 17:00 Uhr

Mieterbüro

Termine unter 0911 438960

20.03.2024 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl:

Mitgliedertreffen

Käte-Strobel-Sitzungszimmer

24.03.2024 – 11:00 Uhr

SPD Nordost, Maxfeld, Wöhrd:

Politischer Frühschoppen

mit Matthias Dornhuber

Landbierparadies, Leipzigerstr. 32,
90491 Nürnberg

25.03.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung

Käte-Strobel-Sitzungszimmer

**Bitte beachten, dass es zu terminlichen
Abweichungen kommen kann.**

Bitte informiere dich rechtzeitig bei

deinen Ortsvereinsvorsitzenden

oder im SPD-Büro, ob der jeweilige

Termin stattfindet.